



Bild: Matthias Förster

Zur Person

Uriel Seibert rückte 2015 in den Grossen Rat nach und wurde seither zweimal wiedergewählt. Er ist Fraktionspräsident der sechsköpfigen EVP-Fraktion und hat Einsitz in den Kommissionen Aufgabenplanung und Finanzen sowie Bildung, Kultur und Sport.

Seibert ist Oberstufenlehrer, arbeitet derzeit aber in der Lehrmittelenwicklung. Er ist am 6. Juli 1991 geboren, aufgewachsen ist er in Schlossrued. Mit seiner Frau und der gemeinsamen sieben Monate alten Tochter, wohnt er heute in Schöffland. (eva)

Verteidigt haben Sie dafür die Pädagogische Hochschule der FHNW in Brugg-Windisch, als es im Grossen Rat um deren Image ging. Warum?

Wollen wir mehr Leute dazu bringen, eine Lehrpersonenausbildung zu machen, bringt es nichts, die Pädagogische Hochschule öffentlich an den Pranger zu stellen. Es ist nicht alles perfekt in Brugg-Windisch, aber es ist auch längst nicht so schlecht, wie es dargestellt wird.

Warum wurden Sie Politiker?

Politisch habe ich mich als Jugendlicher Mitte-rechts eingeordnet, vielleicht weil ich vom Land komme. Ich wurde dann 2015, da war ich 24, von der Jungen EVP für die Nationalratsliste angefragt. Ganz unverhofft rückte ich ein halbes Jahr später in den Grossen Rat nach, ohne je auf einer Liste gewesen zu sein.

Wie war das möglich?

Ein Grossrat unserer Fraktion trat zurück und sein Nachfolger erkrankte schwer. Drei weitere auf der Liste waren inzwischen weggezogen, zwei verzichteten, die Liste war damit leer. Die EVP durfte mich dann nachnominieren. Wie die Jungfrau zum Kind kam ich zu meinem Amt.

In der kleinen EVP sind die Chancen für eine politische Karriere bescheiden, haben Sie sich die richtige Partei ausgesucht?

Für mich ist hier der Idealismus ein grosses Thema. Die Diskussionskultur in der EVP schätze ich und vor allem unsere Unabhängigkeit – wir sind keinen Geldgebern verpflichtet. Mittel- oder langfristig würde mich auch ein Exekutivamt reizen. Damit es für den Regierungsrat reicht, braucht es aber vermutlich ein Wunder.

Da hätten Sie, beispielsweise mit der FDP, doch klar die besseren Chancen?

Vermutlich. Aber ich bin sehr dankbar für das, was ich bei der EVP habe. Mit ihr kam ich in den Grossen Rat, damit hätte ich so auch nicht gerechnet. Ich habe darum grosses Vertrauen, dass auch ein Exekutivamt möglich ist, sollte mich mein Weg dort hinführen. Gleiches gilt für den Nationalrat.

Dort ist die EVP Aargau seit den letzten Wahlen mit Lilian Studer vertreten ...

... Und sie soll den Sitz bei den Wahlen vom nächsten Jahr verteidigen. Einen zweiten Sitz holen wir kaum, so realistisch bin ich.

Aus eigener Kraft hat die EVP auch den Sitz 2019 nicht geholt, dafür hat sie die BDP gebraucht, die inzwischen mit der CVP fusioniert hat. Wie geht Ihre Partei in diesen Wahlkampf?

Es ist eine Herausforderung. Wir zeigen die hervorragende Arbeit unserer Nationalrätin in Bern auf und dass sie es verdient hat, wiedergewählt zu werden. Unser Budget für den Wahlkampf ist

kleiner als jenes anderer Parteien, aber wir können etwas erreichen.

Wird es wieder eine Zusammenarbeit mit einer anderen Partei geben?

Über Listenverbindungen wurde noch nicht befunden. Aber es gibt Kombinationen, die wir prüfen werden.

Lilian Studer kandidiert auch für den Ständerat. Welche Chance hat sie da?

Ich bin absolut davon überzeugt, dass sie im Aargau die Haltung von deutlich mehr Personen vertritt, als dies die Kandidaturen von SVP oder SP können.

Sollen also die anderen im zweiten Wahlgang auf die Kandidatin der EVP setzen?

Das wäre ein hervorragender Entscheid für den Aargau! Lilian Studer wäre mit ihrer grossen Erfahrung und hervorragenden Vernetzung eine starke Vertretung für den Kanton.

Die EVP ist eine alte Partei, die konstant wenig Wählende überzeugt – bei den Nationalratswahlen 2019 waren es im Aargau 3,6 Prozent. Warum werden es nicht mehr?

Unsere Wählerinnen und Wähler kommen aus einem ähnlichen Milieu, der Glaube spielt bei uns eine Rolle. Hinzu kommt das Vorurteil, dass eine Stimme für eine kleine Partei nichts zählt. Es ist verrückt: Smartvote-Auswertungen zeigen, dass wir für sehr viele Leute jene Partei sind, die sich mit ihrer Einstellung am besten deckt, trotzdem wählen uns dann deutlich weniger. Ohne Vorurteile wären wir bei sieben oder acht Prozent Wähleranteil.

Die CVP hat ihren Namen zu Die Mitte geändert. Um dem Zeitgeist besser zu entsprechen, hat sie das «C» im Namen abgelegt. Gibt es bei der EVP Diskussionen, analog auf das «Evangelische» zu verzichten?

Das Evangelische ist das, was uns zusammenhält, auch wenn wir uns einmal nicht einig sind. Es ist unsere grundsätzliche Orientierung, denn es gibt die Werte vor: Glaubwürdigkeit, Unabhängigkeit, Hoffnung.

Muss man einer Freikirche angehören, um bei der EVP mitzumachen?

Nein. Etwa 50 Prozent unserer Mitglieder sind in einer Freikirche, andere sind in der reformierten Landeskirche und auch Katholikinnen und Katholiken finden den Weg zu uns. Politisch haben wir mit ihnen keine Differenzen. Diese gibt es aber zwischen der Mitte und der EVP.

Wo sehen Sie den grössten Unterschied?

Wir stehen eher links und sind konservativer als die Mitte. Darum gibt es etliche soziale Katholiken, denen die EVP nähersteht. Ist man in der politischen Mitte und denkt sozial, ist man bei uns sehr gut aufgehoben.

Was sind Ihre nächsten Ziele?

Ich arbeite an meinem zweiten Master, in Fachdidaktik und Geschichtsvermittlung. Diesen schliesse ich demnächst ab. Politisch fühle ich mich wohl im Grossen Rat. Aber es stellt sich natürlich die Frage, wann man jüngeren Leuten mit neuen Ideen Platz machen sollte.

Ihre Kandidatur 2024 für den Grossen Rat ist also gar nicht sicher?

Ich mache jeweils Mitte Legislatur eine Auslegeordnung: Was ist das Beste für die Partei, für die Familie, für mich. Demnächst werde ich mir also diese Überlegungen wieder machen. In Stein gemeisselt ist noch nichts.

Soll der Aargau die Erbschaftssteuern abschaffen?

Regierungsrat gibt FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker einen Korb

Mathias Küng

FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker stellt der Regierung kritische Fragen zur Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Ehe und das klassische Familienmodell bevorzugen. Die Regierung hält dagegen, hier würden keine Lebensentwürfe diskriminiert. Von einer Abschaffung dieser Steuer hält sie nichts.

Hilfiker stellt der Regierung in einer Interpellation kritische Fragen zu den Erbschafts- und Schenkungssteuern. Hilfiker verweist darauf, dass der Aargau bei Ehegatten, eingetragenen Partnern, Nachkommen und Eltern weder eine Erbschafts- noch eine Schenkungssteuer kennt. Anders sei dies bei Lebenspartnern (Klasse 1), Geschwistern und Grosseltern (Klasse 2) oder anderen Steuerpflichtigen (Klasse 3).

Hilfiker: «Da variiert die Steuer zwischen 4 und 32 Prozent. Der Staat benachteiligt damit Personen, die einen Lebensentwurf wählen, der keine Ehe, keine eingetragene Partnerschaft oder keine eigenen Kinder einschliesst. Oder anders: Er begünstigt die Ehe und das klassische Familienmodell.» Das entspreche schon lange nicht mehr der gelebten Realität und widerspreche dem Grundsatz einer liberalen Gesellschaft, kritisiert der FDP-Fraktionschef.

Anreiz, vorhandenes Vermögen zu verbrauchen?

Der Staat schaffe damit für Ledige, Kinderlose oder Personen, die nicht in einer klassischen Ehe lebten, einen Anreiz, vorhandenes Vermögen zu verbrauchen, anstatt es einem Lebenspartner oder einer Lebenspartnerin, Geschwistern oder Patenkindern zu schenken oder zu vererben. Bei der Vererbung oder bei einer Schenkung werde in solchen Fällen die Substanz besteuert, «obwohl das angesparte Vermögen bereits als Einkommen und Vermögen besteuert wurde. Es handelt sich also um eine doppelte Besteuerung», so Hilfiker weiter.

Jetzt will er wissen, ob es «der Regierungsrat im Jahr 2022, in dem eine Ehe für alle möglich ist, als angemessen erachtet, dass bestimmte Lebensentwürfe, die nicht dem traditionellen Familienmodell entsprechen, bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer diskriminiert werden». Ob das nicht dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit widerspreche?

Vorstellbar, diese Steuer ganz abzuschaffen?

Attraktive Erbschafts- und Schenkungssteuern seien für vermögende Personen ein interessanter Standortfaktor, macht Hilfiker geltend. Und er fragt, warum der Regierungsrat in der Steuerstrategie (die demnächst

48

Mio. bringen Erbschafts- und Schenkungssteuern dem Kanton und den Gemeinden.

1%

ist der Anteil von Erbschafts- und Schenkungssteuern am Fiskalertrag.

im Grossen Rat traktandiert wird) darauf verzichtet, die Erbschafts- und Schenkungssteuern zu senken, obwohl er attraktiver für vermögende Personen werden will? Schliesslich will er gar wissen, ob sich der Regierungsrat vorstellen könnte, «die Erbschafts- und Schenkungssteuern vollständig abzuschaffen».

Regierung: Lebensentwürfe werden nicht diskriminiert

Im Aargau werden Personen, die mit der zuwendenden Person während mindestens fünf Jahren in Wohngemeinschaft gewohnt haben, privilegiert besteuert, antwortet sie Hilfiker. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer betrage maximal 9,5 Prozent, währenddem diese bei nicht Verwandten bis zu 32 Prozent betragen kann. Bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern würden «entgegen der Unterstellung in der Interpellation keine Lebensentwürfe diskriminiert, die nicht dem traditionellen Familienmodell entsprechen».

Fazit: Der Regierungsrat erachtet die geltende Regelung, welche eine erhebliche Privilegierung von Wohngemeinschaften gegenüber anderen Nicht-Verwandten, aber keine Gleichstellung mit den Ehepaaren vorsieht, als angemessen, und weiter: «Das Inkrafttreten der Ehe für alle ist kein Grund, die Besteuerung von Konkubinatspaaren im Gegensatz zu Ehepartnern als unangemessen zu erachten.»

Übrigens betrug der Anteil der Erbschafts- und Schenkungssteuern im Jahr 2020 am gesamten Fiskalertrag von Kanton und Gemeinden 1 Prozent oder 48 Millionen Franken.

Senkung brächte eine Erhöhung andernorts

Eine Senkung der Erbschafts- und Schenkungssteuern müsste bei gleichbleibenden Staatsausgaben durch die Erhöhung anderer Steuern kompensiert werden, schreibt die Regierung weiter. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern seien eine faire und effiziente Steuer. Diese bereits im Altertum erhobene Steuer sei grundsätzlich eine gerechtere Steuer als die Einkommenssteuer. In einem Satz heisst dies: Der Regierungsrat hält an dieser Steuer fest.

Auch Sie sind Lehrer und religiös. Wie geht das für Sie zusammen?

Professionalität bedeutet, sich seiner eigenen Herkunft bewusst zu sein, zu reflektieren, was in den Unterricht getragen wird, und die persönliche Meinung immer als solche zu deklarieren. Ich unterrichte allerdings seit zwei Jahren nicht, sondern arbeite in der Entwicklung von Lehrmitteln.

An den Aargauer Kantonsschulen läuft derzeit die vom Grossen Rat in Auftrag gegebene Untersuchung zur politischen Neutralität von Lehrpersonen. Braucht es diese?

Nein, auch wenn man selbstverständlich alles und jeden untersuchen kann. Es kostet aber vor allem Geld.